

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

**Bezugspreis** mit Illust. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einisch. Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Einzelnummer 10 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72208 **Postkassentkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Lauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**  
Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10zeil. Kolonelle 30 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 35 G.-Pfg., Familiennachrichten von Privaten die 10zeil. Kolonelle 15 G.-Pfg., Reklameseite 1.50 Goldm., Inserate v. ausm.: die 10zeil. Kolonelle 35 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 40 G.-Pfg., Reklameseite 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Zum Parteistreit in Sachsen.

### Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Seit langer Zeit befindet sich die sächsische Parteigenossenschaft in einem scharfen Konflikt mit 23 Abgeordneten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die es abgelehnt haben, sich an die Beschlüsse ihrer Organisation zu halten. Alle demokratischen Grundzüge die seit jeher das eiserne Gefüge der Partei bildeten, sind auf den Kopf gestellt.

### Seit Jahren mißachteten 23 Landtagsabgeordnete alle Beschlüsse ihrer Organisations!

Der Reichsparteitag von Berlin hatte in der Frage des Sachsenkonflikts Klarheit geschaffen und beschlossen:

### Die Entscheidungen der Landesversammlungen sind für die Fraktionen bindend.

Entsprechend dieser Entscheidung hatte die sächsische Landesversammlung am 26. Oktober 1924 einstimmig die Fraktion beauftragt, für die Auflösung des Landtags einzutreten.

### Trotz dieses Beschlusses haben die Dreiundzwanzig im Landtag gegen die Auflösung gestimmt.

Sie regierten aus eigenem Recht weiter und verschärften den Konflikt bis zur Unerträglichkeit. Zur Beilegung der Differenzen berief der Parteivorstand eine Sitzung der gespaltenen Fraktionensteile, der Minister und Landesinstanzen. Die Sitzung wurde auf Antrag der Minister verschoben. Darauf wurde eine neue Sitzung anberaumt, um das Erscheinen der Minister möglich zu machen.

### Die Minister kamen wieder nicht!

Alle Versuche, die widerstrebenden Abgeordneten und Minister zur Disziplin und Unterordnung zurückzuführen, scheiterten.

### Die Volkspartei fuhr mit vollen Wagen ihre Ernte in die Scheunen.

In kürzester Frist wurde von einem Ministerium mit sozialdemokratischer Mehrheit die Verwaltung der Reaktion ausgeliefert. Eine große Anzahl republikanischer Beamten aus den wichtigsten Staatsstellen entfernt und durch Reaktionäre ersetzt. So wurden die Anfänge der Demokratisierung zerstört.

### Die Reaktion ging weiter!

Das mühsam geschaffene Werk freiheitlicher Gesetzgebung wurde auf dem Wege reaktionärer Verordnungen und Gesetzesänderungen abgebaut und nun, in einem Augenblick, wo die Reaktion sich rüstet, das letzte revolutionäre Bollwerk, die freie Verfassung des Volkes von innen heraus anzugreifen, erfolgt in Sachsen der erste Einbruch der reaktionären Vorhuten in das Verfassungsgebiet mit Hilfe der Dreiundzwanzig.

### Die Gemeindeverfassung steht in größter Gefahr!

Die Dreiundzwanzig peitschen ein Gesetz durch, von dem der jedem Richtungsstreit fernstehende und in der Partei hochgeachtete Kommunalpolitiker Edmund Fischer urteilt, daß diese Gesetzesverschlechterung

seht dem letzten Wahlrechtsraub in Sachsen im Jahre 1896 kein Beispiel aufzuweisen hat. Nach dem Willen der Dreiundzwanzig soll

die Selbstverwaltung der Gemeinden beseitigt, das Zweikammersystem wieder eingeführt, der Volksenscheid illusorisch gemacht, die bürokratische Staatsaufsicht verschärft, die Gemeindeverordneten dem Berufsbeamtenum unterstellt, das passive Wahlrecht verschlechtert

werden. Alle diese Verschlechterungen stehen im schärfsten Widerspruch zu dem kommunalpolitischen Programm der Sozialdemokratie.

Die Parteioorganisationen in Stadt und Land, die Gemeindevertreter von ganz Sachsen, die jede Richtungsabstempelung ablehnen, erhoben einmütigen Protest. In zahlreichen Gemeinden haben sich selbst bürgerliche Vertreter diesem Protest angeschlossen. Der Reichsparteivorstand nahm gegen das Gesetz Stellung.

### Auch dem Willen des Parteivorstandes wurde nicht entsprochen!

Nun neigt sich die Tragödie ihrem Ende zu. Von den Parteioorganisationen ausgeschlossen, von den Mitgliedern jeder Richtung verlassen, vom Parteivorstand gewarnt, und jeder Rückendeckung verlustig, sind die Dreiundzwanzig ein Spielball der Reaktion geworden.

So schuldig sie an ihrer Lage sind, die sie vor die verzweifelte Alternative stellt, entweder zurückzuführen zur Partei und die Verantwortung für ihren Disziplinbruch zu übernehmen, oder den Weg weiterzugehen bis zum verhängnisvollen Ende, wo der bewusste Verrat der sozialistischen Prinzipien steht, so schwer ist aber auch die Lage der Partei, die für alle Handlungen der Dreiundzwanzig verantwortlich gemacht wird.

### Die sächsische Parteigenossenschaft lehnt die Verantwortung ab!

Je mehr die Periode des Landtags sich ihrem Ende zuneigt, umso mehr werden die Dreiundzwanzig erbarmungslos von ihren Koalitionsgenossen in die Ecke gedrückt, um so höher steigen die Forderungen der Reaktion.

Die 23 Landtagsabgeordneten hoffen auf die geringe Orientierung der Parteigenossenschaft im Reich, um doch noch eigenmächtig ihren Sonderwillen der Partei und ihren Organisationen aufzwingen zu können. So machen wir die Gesamtparteigenossenschaft auf den Ernst der Stunde aufmerksam. Die Vorgänge in Sachsen sind nicht mehr eine Angelegenheit, die innerhalb unserer eigenen Landesgrenzen erledigt werden kann. Die festgefügte sächsische Partei, die seit Jahren in Sachsen den konzentrischen Angriffen von Moskau standgehalten hat, die die Reichsregulative überstanden und die furchtbare Strenge der „republikanischen“ Gerichtsbarkeit in den Prozessen aus der Inflationszeit, wie kein anderes Land kennen gelernt hat, und die doch immer und immer wieder unermüdet für die Sache des Sozialismus in den Kampf ging, ruft die Gesamtpartei an, Stellung zu nehmen gegen Personen, die alle demokratischen Grundrechte in der Partei mit Füßen treten und lieber alle reaktionären Forderungen erfüllen, als daß sie sich als Parteigenossen den geltenden Parteigrundsätzen und Parteigesetzen fügen.

### Die Bezirksvorstände der SPD Sachsens

Für den Bezirk Ostsachsen: J. A.: Ariur Arzt. Für den Bezirk Leipzig: J. A.: Rich. Lipinski. Für den Bezirk Chemnitz: J. A.: Karl Böchel. Für den Bezirk Zwickau: J. A.: Max Seidewitz

## Die Debatte über Außenpolitik.

### Der Tag der Grafen.

Das Ressort des Außenministers war von je ein Schmerzenskind. Dort tobte sich das verfallene feudale Preußen am verhängnisvollsten aus. Ehedem war ohne irgendein „von“ überhaupt kein Eingang in die geheimnisvollen Räume des Außenministeriums zu finden, und erst wenn ein klingender ablicher Name oder entsprechende Fürsprache vorhanden waren, öffnete sich dieser Sesam, in dem die graue Eminenz einst unbeschränkter Herrscher war.

Wenn man die Rednerlisten des gestrigen Tages über den Rechenschaftsbericht Dr. Stresemanns betrachtete, dann möchte es scheinen, als ob das Gebiet der Außenpolitik auch heute noch eine unbeschränkte Domäne der Aristokratie geblieben wäre. Nicht weniger als ein Freiherr und vier leibhaftige Grafen marschierten nacheinander auf. Graf von Westarp eröffnete nach Breitscheid als erster Redner der bürgerlichen Parteien die Debatte. Ihm folgte Freiherr von Rheinbaben als Redner der Deutschen Volkspartei. Zwischen durch Graf Bernstorff von den Demokraten und als Vertreter der kleineren Parteien der blauweiße Graf von Verdenfeld, ehemals Ministerpräsident von Bayern, und der unvermeidliche völkische Graf zu Reventlow.

Neben diesen Vertretern des Hochadels in der Republik nahmen sich die gewöhnlichen Doktoren immerhin „ärmlich“ aus. In dieser „Rangliste“ figurierten Genosse Dr. Breitscheid, sodann der Dr. phil., theol., jur., Prof., Geistlicher Rat, Domkapitular und päpstlicher Hausprälat Ludwig Kaas, der Redner der Zentrumspartei. Der Wirtschaftsparteiler Brodt leitete seine beiden „Dr.“ unmittelbar vor seinen Namen. Wahrscheinlich um zu zeigen, daß der Professor für Staats- und Kirchenrecht aus Marburg auch etwas bedeutet. Demgegenüber nahmen sich der Domkapitular Leicht aus Bamberg ohne jeden „Dr.“, sowie Frau Goltz von der kommunistischen

Partei recht „proletarisch“ aus. Das soll kein Vorwurf sein. Immerhin charakterisiert die Zusammenstellung der Redner von ungefähr, aus welchen Kreisen sich die Fraktion in der deutschen Außenpolitik rekrutieren. In dem Personalstabe des Herrn Dr. Stresemann dürfte es ganz ähnlich sein. Man betrachte die Verlen aus dem Kreise seiner Beamten, wie sie blasfem und gelangweilt, fortbauend das Monopol ins Auge gefasst, die Debatten mißgelaunt verfolgen. Das ist noch ganz das alte Deutschland. Kein Wunder, wenn der Kredit der deutschen Diplomatie im Auslande nur äußerst langsam wächst.

Der Außenminister sang am Montag ein äußerst bewegtes Lied über die völlig ungenügende Vertretung des Reiches in den anderen Staaten. Das Konsulatswesen dürfte in den nächsten Jahren wesentlich ausgebaut werden, und es ist zu befürchten, daß bei dem Monopol des Adels für die diplomatische Laufbahn viele dieser Blasteren jener zweifelhaften Aufgabe teilhaftig werden, die deutsche Republik im Auslande zu vertreten. Diese Momente haben freilich in der gestrigen Debatte keine Rolle gespielt. Die Redner bewegten sich nacheinander in den Bahnen der hohen Politik, womit freilich nicht gesagt werden soll, daß die Probleme im Innern des Reiches ausgeschaltet blieben. Mit dem Etat des Außenministers ist gleichzeitig der des Reichszanzen verknüpft, so daß alle erdenklichen Fragen in die Debatte geworfen werden können. Insbesondere die Vertreterin der Kommunisten, Ruth Fischer, ließ ihre Zügel temperamentvoll schießen. Eine Viertelstunde ihrer Redezeit, die insgesamt nur eine Stunde betrug, war restlos der Sozialdemokratie und insbesondere der Linken in Sachsen und Thüringen gewidmet.

Genosse Breitscheid behandelte zunächst alle jene Fragen, die durch die Kandidatur und die Wahl des nunmehrigen Präsidenten Hindenburg aufgeworfen worden sind. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei werde die Republik aufs Außerste

verteidigen, trotz Hindenburg und trotz alledem, wenn es sein müsse selbst „mit Hörnern und mit Klauen“. Jetzt erst begünne der Hauptkampf mit den sozialen Inhalt der Republik, nachdem die Form derselben im wesentlichen gesichert sei. Der Kampf der Großindustriellen und Agrarier um die Gestaltung der Steuer- und Zollprobleme sei ein wichtiger Ausschnitt aus dem Ringen um die Macht. Die Rede des altfeudalen Grafen Westarp, des Führers der Deutschnationalen, ging zwar um die Republik und ihren Namen nicht mehr wie die Rede um den heißen Brei herum. Deswegen soll man sich indes über das „Republikanertum“ der Konservativen nicht täuschen lassen. Die Wahl Hindenburgs hat ihnen immerhin einige Verpflichtungen auferlegt.

Der Redner der Sozialdemokratie richtete an die Vertreter der Regierung — es waren neben Stresemann nur Dr. Luther und der Reichswehrminister anwesend — die ernsthafte Ermahnung, sich nicht zu täuschen. Die Sozialdemokratische Partei werde es ablehnen, wenn etwa Herr Dr. Luther mit der Linken die Handelspolitik — am Montag fällt die Entscheidung über den von Freitag-Loringhoven und seiner Partei abgelehnten spanischen Handelsvertrag — und mit der Rechten dann die Zollpolitik machen wolle. Sie lehne ferner ab, für die Außenpolitik Dr. Stresemanns die entsprechenden Mannschaften zu stellen, während die Innenpolitik im Sinne der Deutschnationalen gestaltet würde.

Am Montag bereits hatten die Kommunisten zwei Mißtrauensvoten eingebracht, die sich getrennt gegen Dr. Stresemann und gegen den Reichszanzen richteten. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich gestern nachmittags mit der politischen Situation beschäftigt und fast ohne jede Aussprache einstimmig die Einbringung eines Mißtrauensvotums gegen das Gesamtkabinett Luther-Stresemann beschlossen. Wir begrüßen diese Haltung der Fraktion,